



### Presseschau vom 01.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipp:

#### **Nikolaj Jolkin: Polen als Vorbild für Westen in US-Einheitsfront gegen Russland im postsowjetischen Raum – Experten**

Bei der Präsentation des Buches „Polen im Kampf um Osteuropa 1920–2020“ in der Nachrichtenagentur Rossiya segodnya ging es unter anderem darum, dass Polen sich infolge der Entfremdung zwischen den USA und dem „alten Europa“ zum wichtigsten Verbündeten Washingtons im Kampf gegen Russland entwickelt. ...

<https://sptnkne.ws/D5ET>

#### **Natasa Milosavljevic: Montenegros Oppositionsführer will Expertenregierung und neue Beziehungen mit Russland und Serbien**

In einem Sputnik-Interview zu den Ergebnissen der Parlamentswahl in Montenegro sagt der Vorsitzende der populärsten Oppositionsliste „Für die Zukunft Montenegros“, Zdravko Krivokapic, dass er die Verantwortung für die Regierungsbildung übernehmen könnte, die vieles verändern sollte, unter anderem die Beziehungen zu Russland. ...

<https://sptnkne.ws/D5T5>

### abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Grenzspannungen eskalieren: China wirft Indien Verletzung der Souveränität vor**

Peking hat einen Protest gegenüber Neu-Delhi im Zusammenhang mit der illegalen Überschreitung der Kontrolllinie durch indische Truppen bekundet. Dies geht aus der Mitteilung des chinesischen Verteidigungsministeriums hervor.

„Am 31. August 2020 haben indische Truppen den früheren Konsens verletzt, der während der Militär- und diplomatischen Treffen bei der andauernden Konfrontation in Ost-Ladakh erzielt worden war, und die Kontrolllinie an der rechten Küste des Sees Pangong Tso erneut überschritten und damit Spannungen im Grenzgebiet verursacht“, heißt es in der Mitteilung des chinesischen Verteidigungsministeriums.

Außerdem warf Peking Indien die „Verletzung der territorialen Souveränität von China“ vor. Zuvor hatte das Verteidigungsministerium Indiens einen Zusammenstoß mit chinesischen Truppen in der Region Ladakh gemeldet. Ob es sich dabei um zwei verschiedene Zwischenfälle handelt, bleibt noch unklar.

Am 15. Juni war es in der Region Ladakh zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen indischen und chinesischen Soldaten gekommen. Dabei wurden mindestens 20 Inder getötet. Wie viele Opfer unter den chinesischen Militärs zu beklagen waren, gab die Volksrepublik nicht an. Indische Medien meldeten mindestens 45 Verletzte oder Tote auf chinesischer Seite. China und Indien hatten 1962 einen kurzen Krieg um ihre Grenze im Himalaya geführt, den China gewann. Seither gibt es immer wieder Zwischenfälle. Der Grenzverlauf ist nach wie vor nicht geklärt. Auch US-Präsident Donald Trump hatte kürzlich angeboten, in dem Konflikt zu vermitteln, was die Nachbarländer ablehnten.

**dnronline.su: Am 31. August versammelten sich Hunderte von Donezkern um 17:30 Uhr am Puschkin-Boulevard in Donezk, am Ort an dem das erste Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko starb. An der Veranstaltung nahmen auch das derzeitige Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, Verwandte Alexandr Sachartschenko, Freunde, Kollegen, Einwohner der Hauptstadt teil.**

**„Die Zeit vergeht unerbittlich, nun sind schon zwei Jahre seit dem schrecklichen Verbrechen der Ukraine vergangen, bei dem die herausragende militärische und politische Persönlichkeit, das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, das erste Oberhaupt Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko starb.**

**Die Pläne der Ukraine, die Situation bei uns zu destabilisieren, waren nicht von Erfolg gekrönt. Das Volk des Donbass hat sich ein weiteres Mal zusammengeschlossen, zusammengeschlossen um die Ideen und Vorhaben Alexandr Wladimirowitschs. Wir haben das fortgesetzt, was Alexandr Wladimirowitsch getan hat. Wir haben weiter unseren Staat aufgebaut, wir haben uns weiter von den Prinzipien des Gewissens, der Gerechtigkeit leiten lassen.**

**Alexandr Wladimirowitsch war in allem echt. Ein echter Donezker, er war echt, als es notwendig war, Soldat zu werden, ein echter Politiker. Er ist wohl auch der Donbass. Natürlich wird er für sehr, sehr lange Zeit in unserem Gedächtnis bleiben. Er wird für unsere Nachfahren im Gedächtnis bleiben. Er war ein persönliches Vorbild im Kampf, wie viele Hindernisse es auch gab. Unsere Pflicht ist es, sein Andenken und das aller für den Donbass Gestorbenen unseren Nachfahren zu übergeben. Unsere Pflicht ist es, das zu einem logischen Ende zu führen, wovon wir seit 2014 sprechen und uns erinnern.**

**Ewiges Andenken. Alexandr Wladimirowitsch!“, sagte Denis Puschilin.**

**Die Anwesenden ehrten das Andenken des ersten Oberhauptes der DVR mit einer Schweigeminute und legten Blumen an dem Ort nieder, an dem er starb.**



[https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/08/Vozlojenie\\_Zaharchenko\\_310820-11.jpg](https://dnronline.su/wp-content/uploads/2020/08/Vozlojenie_Zaharchenko_310820-11.jpg)

### de.sputniknews.com: „Erwartet, aber nicht angemessen“: Bratislava reagiert auf Ausweisung von Diplomaten aus Russland

Die Entscheidung des russischen Außenministeriums, drei slowakische Diplomaten als Reaktion auf einen ähnlichen Schritt der Slowakischen Republik Anfang August auszuweisen, ist erwartet worden, aber Bratislava hält dies nicht für eine angemessene Antwort.

Der Außenminister des Landes, Ivan Korčok, gab an, dass der Schritt des russischen Außenministeriums erwartet worden sei, würde jedoch keine angemessene und verantwortungsvolle Reaktion auf die Ausweisung von drei russischen Diplomaten aus der Slowakei darstellen.

„Ich betone, dass die Slowakische Republik Diplomaten auf diplomatische Posten entsendet, deren Aufgabe es ausschließlich ist, die Entwicklung der bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation anzustreben“, so Korčok.

Das russische Außenministerium verkündete am Montag, es habe den slowakischen Botschafter in Russland, Peter Priputen, einbestellt. Ihm wurde demnach ein entschlossener Protest aufgrund der „grundlosen Ausweisung von drei diplomatischen Mitarbeitern der russischen Botschaft in der Slowakei im diesjährigen August“ übermittelt.

Die russische Seite befolge das Prinzip der Gegenseitigkeit und habe die Entscheidung getroffen, „drei diplomatische Mitarbeiter der Botschaft der Slowakei in Moskau auszuweisen“, hieß es.

Anfang August teilte das slowakische Außenministerium mit, drei russische Diplomaten wegen des Verdachts auf Spionage ausweisen zu wollen. Nach Angaben der Geheimdienste des Landes standen ihre Aktivitäten im Widerspruch zum Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen.

Wie der Pressesprecher des slowakischen Außenministeriums, Juraj Tomaga, gegenüber der Agentur RIA Nowosti erklärte, sei es im Generalkonsulat des Landes in St. Petersburg zum Missbrauch von ausgestellten Visa gekommen und somit sei ein Verbrechen auf dem Territorium eines Nato- und EU-Mitgliedstaates begangen worden. Dabei machte er keine näheren Angaben dazu, was genau in diesem Fall auf dem Spiel steht.

Der Vertreter der russischen Botschaft in Bratislava, Wladislaw Kulikow, sagte seinerseits, dass die Botschaft diese Informationen nicht kommentiere, und empfahl, Kommentare bei den zuständigen Behörden in der Slowakei einzuholen.

de.sputniknews.com: **Wegen Aufrufen zur Neuauszählung von Stimmen – Lukaschenko**

### **entlässt weißrussischen Botschafter**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat mit seinem Erlass den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter von Belarus in Spanien, Pawel Pustowoi, entlassen. Dies berichtet Sputnik unter Berufung auf Lukaschenkos Pressedienst. Dem Pressedienst zufolge wurde Pustowoi wegen „nicht ordnungsgemäßer Erfüllung seiner Dienstpflichten“ der diplomatische Rang entzogen. Zugleich habe Pustowoi den Posten des ständigen Vertreters Weißrusslands in der Weltorganisation für Tourismus verloren.

Am 17. August hatte der Ex-Botschafter auf seinem Facebook-Account eine Ansprache an seine Mitbürger gepostet, in der er zur Neuauszählung der bei den Wahlen am 9. August abgegebenen Stimmen aufrief. Seiner Ansicht nach sei dies für eine friedliche Lösung der Spannungen im Lande notwendig.

Pustowoi hatte auch dazu aufgerufen, Strafverfahren gegen solche Personen einzuleiten, die friedliche Demonstranten grundlos festgenommen und geschlagen hatten, und auch gegen solche Demonstranten, die Sicherheitsbeamte mit Steinen beworfen und damit Brutalität provoziert hatten. ...

### **de.sputniknews.com: Lawrow trifft ranghohe Vertreter der syrischen Opposition – Lösung der Krise im Mittelpunkt**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow und ranghohe Vertreter der syrischen Opposition haben am Montag in Moskau nach Angaben des russischen Außenministeriums Probleme der Beilegung der innersyrischen Krise erörtert.

„Erörtert wurden aktuelle Fragen, die mit der Regelung der Krise in Syrien zusammenhängen. Es kommt darauf an, umfassende innersyrische Vereinbarungen auf der Grundlage der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates zu erlangen“, hieß es in der Mitteilung.

„Lawrow bekräftigte die Bereitschaft Moskaus, einen inklusiven konstruktiven innersyrischen Dialog im Interesse der weiteren Wiederherstellung und Festigung der Souveränität, Einheit und territorialen Integrität Syriens sowie der Schaffung von Voraussetzungen für eine harmonische Koexistenz und Entwicklung aller ethnischen und religiösen Gruppen der syrischen Gesellschaft zu fördern“, betonte das russische Außenamt.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Syrien und im Irak verkündet. In einzelnen Regionen Syriens werden noch lokale Operationen gegen die Terroristen durchgeführt. In den Vordergrund rücken gegenwärtig die politische Regelung, der Wiederaufbau des Landes und die Heimführung von Flüchtlingen.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1f/327855339\\_0:57:3102:1735\\_1000x54180\\_0\\_0\\_d15401aed154676d62a2492ba6e561f0.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1f/327855339_0:57:3102:1735_1000x54180_0_0_d15401aed154676d62a2492ba6e561f0.jpg)

**de.sputniknews.com: „Zu weit gegangen“: Weißrussischer Innenminister gibt Polizeigewalt gegen Journalisten zu**

Der weißrussische Innenminister Juri Karajew hat gegenüber dem TV-Sender RT zugegeben, dass die Polizisten während der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen gegenüber Journalisten manchmal „zu weit gegangen sind“.

In einigen Fällen, bei denen die Medienvertreter verletzt worden seien, seien diese jedoch selbst schuld gewesen, so Karajew.

„Sie selbst (Journalisten – Anm. d. Red.) sind manchmal schuldig, und wir tragen manchmal Schuld. Dies muss ich zugeben, wir gehen zu weit“, sagte der Behördenchef.

Auch gab er an, den Polizeibeamten immer wieder beizubringen, dass sie sich nicht mit der Presse streiten sollten.

Karajew merkte an, dass die Journalisten weiterarbeiten, objektiv über Ereignisse berichten, aber zugleich die eigene Sicherheit nicht außer Acht lassen sollten.

„Und Strafverfolgungsbeamte müssen sich auch daran erinnern, dass ein Journalist das Recht hat, zu filmen, das ist seine Arbeit“, fügte er hinzu.

Der weißrussische Innenminister hält es für richtig, wenn sich Journalisten als Medienvertreter ausweisen, um nicht mit den Demonstranten verwechselt zu werden. Dabei betonte er jedoch, dass es für Polizisten manchmal schwierig sei, bei Protesten schnell auf einen Journalisten zu reagieren.

„Man muss verstehen, dass es an einem Ort, an dem Menschen massenweise zusammenstoßen und Leidenschaften brodeln – wenn man gerade einen Stein ins Schild bekommen hat, links einer ins Gesicht gekriegt hat, wenn rechts dein Freund geschlagen wird – nicht immer möglich ist, in einer Sekunde festzustellen, dass dies ein Journalist ist, um ihn dann zu umgehen. Die Journalisten mögen auch erkennen, dass Steine und Kugeln, Stöcke und Fäuste wahllos fliegen und (es schwierig ist – Anm. d. Red.), bewusst zu wählen und zu umgehen. (...) Nun, mögen sie ein paar Meter zurücktreten und aus einer Entfernung filmen, nein, sie gehen doch in Teufels Küche“, sagte Karajew. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0a/327671001\\_0:166:3072:1828\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_9876a95b13905db81a0e89eed5880e98.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/0a/327671001_0:166:3072:1828_1000x541_80_0_0_9876a95b13905db81a0e89eed5880e98.jpg)

de.sputniknews.com: **Israelische Luftwaffe greift Ziele in Damaskus an – Sana**

Die israelische Luftwaffe hat am Montag nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur Sana Ziele im Süden der Hauptstadt Damaskus angegriffen. Die syrische Luftabwehr habe mehrere Raketen abgefangen, hieß es. Angaben zu möglichen Opfern oder Schäden gab es zunächst nicht.

„Der südliche Vorort von Damaskus war israelischen Aggressionen aus der Luft ausgesetzt. Unsere Luftverteidigung wehrt mehrere Raketenangriffe ab“, schreibt die Agentur.

Die Zeitung al-Watan berichtete zunächst, die Raketen seien im Ort Al-Kaswa eingeschlagen. Israel bombardiert immer wieder Ziele im benachbarten Bürgerkriegsland. Die Angriffe richten sich meistens gegen Truppen und Einrichtungen, die mit dem schiitischen Iran in Verbindung gebracht werden. Teheran sieht in Israel einen Erzfeind und ist zugleich im

syrischen Bürgerkrieg ein enger Verbündeter von Baschar al-Assad.

### **vormittags:**

#### **wpered.su: Im Namen der Kommunisten der DVR und der RF legte Boris Litwinow Blumen am Ort des Todes von Alexandr Sachartschenko nieder.**

Am 31. August ist in der Donezker Volksrepublik ein Gedenktag. Vor zwei Jahren endete tragisch das Leben eines echten Sohnes der Donezker Erde, des Helden, ersten Oberhauptes der Donezker Volksrepublik Alexandr Wladimirowitsch Sachartschenko.

Tausende Einwohner der Republik ehrten das Andenken des erstens Oberhauptes ihres Staates. Leiter der DVR, Abgeordnete des Obersten Sowjets, des Volkssowjets, Verwandte, Freunde, Kollegen, gesellschaftliche Aktivisten legten Blumen am Grab „Batjas“, wie ihn das Volk der Republik nannte, nieder. Eine Blumenniederlegung fand auch an der Büste A.W.

Sachartschenkos in der Allee der Helden im Park des Leninschen Komsomol statt. Am Ort des Todes Alexandr Sachartschenkos, am Café „Separ“, ehrten dort anwesende Bürger und Gäste der Republik das Andenken des ersten Oberhauptes der DVR mit einer Schweigeminute, danach wurden Kränze und Blumen am Ort seines Todes niedergelegt.

An den Trauerveranstaltungen nahm der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow, der mit Alexandr Sachartschenko von den ersten Tagen des Aufstands im Donbass bis zum Tag des Todes des Genossen im Kampf, bei der Schaffung und beim Aufbau der Donezker Volksrepublik eng zusammenarbeitete. Im Namen der SKP-KPSS legte Boris Litwinow ein Bukett Rosen am Grab des Helden der DVR nieder. In einem kurzen Interview mit Journalisten erzählte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der DVR, dass Alexandr Sachartschenko und der erste stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der SKP-KPSS Kasbek Kuzukowitsch Tajsajew durch eine große persönliche Freundschaft verbunden waren. Zahlreiche Treffen A. Sachartschenkos und K. Tajsajews unterstützen die Stärkung der Staatlichkeit der DVR, halben schwierige Fragen des Überlebens der Republik zu lösen. In allen Organisationen, die der SKP-KPSS angehören, kennt man Alexandr Sachartschenko als furchtlosen und entschlossenen Leiter, der bis zur letzten Sekunde seines Lebens seinem Land und seinem Volk diene.

Auf Bitten des Ersten Sekretärs des Jakutsker Republikkomitees der KPRF, des stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Versammlung (Il Tumen) der Republik Sacha (Jakutien) Wiktor Nikolajewitsch Gubarjew legte der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow im Namen des Volks Jakutiens ein Bukett Rosen und Nelken am Ort des Todes Alexandr Sachartschenkos nieder. Nach der Blumenniederlegung erzählte Boris Litwinow, dass W.N. Gubarjew und A.W. Sachartschenko einander gut kannten und häufig Wege zur Überwindung der Krise in der Ökonomie, die durch den Krieg im Donbass hervorgerufen wurde, erörterten. Das Volk Jakutiens, Unternehmen und Unternehmer leisten Kindern der DVR ständig Hilfe. Bei aktiver organisatorischer Unterstützung W.N. Gubarjews, des Abgeordneten der Staatsduma der Russischen Föderation Kasbek Tajsajew, des ersten Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko wurden Produktions- und Wirtschaftsverbindungen zwischen Unternehmen der DVR und Jakutiens hergestellt. Die Produktionsverbindungen zwischen Wirtschaftssubjekten der DVR, Jakutiens und vieler Regionen Russlands, die unter Alexandr Sachartschenko eingerichtet wurden, entwickeln sich auch heute zum Wohl der Völker der DVR und Russlands, im Namen der Freundschaft und der gemeinsamen historischen Zukunft unserer Völker weiter.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/09/Zakharchenko-1.jpeg>

#### de.sputniknews.com: **Dänische Grenze durch Su-27 verletzt? Russisches**

Verteidigungsministerium weist Nato-Vorwürfe zurück

Russlands Verteidigungsministerium hat die Vorwürfe seitens der Nato über die Verletzung der dänischen Grenze durch ein russisches Flugzeug vom Typ Su-27 zurückgewiesen. Es geht dabei um einen Vorfall vom 28. August.

„Im Verteidigungsministerium Russlands hat man die Erklärung der Nato über die Verletzung der staatlichen Grenze Dänemarks durch einen russischen Kampffjet Su-27 dementiert“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Das Ministerium erinnert daran, dass am 28. August eine Su-27 aus dem Bestand der Dienstluftabwehrkräfte der Baltischen Flotte abgehoben sei, um einen strategischen Bomber B-52H der amerikanischen Luftstreitkräfte zu identifizieren und eine Verletzung der russischen Staatsgrenze zu verhindern.

Der Flug der russischen Su-27 erfolgte unter Begleitung des amerikanischen Bombers über den neutralen Gewässern der Ostsee strikt gemäß den Regeln über die Nutzung des Luftraums. Die Mittel der objektiven Kontrolle hätten bestätigt, dass die Grenzen anderer Staaten nicht verletzt wurden.

Damit reagierte das russische Verteidigungsministerium auf die jüngsten Nato-Vorwürfe, unter anderem auf die Aussagen des Generals der US-Luftstreitkräfte und Kommandeurs der US-Luftstreitkräfte in Europa und der Luftstreitkräfte in Afrika, Jeffrey Harrigan. Demzufolge ereignete sich das „Abfangen“ der B-52 im internationalen Luftraum über der Ostsee, worauf „eine signifikante Verletzung des Luftraums eines Nato-Landes“ folgte.

Dabei geht es um Dänemark; aus Nato-Sicht soll das russische Flugzeug bei der Begleitung der B-52 über der Ostsee den Luftraum Dänemarks über der Insel Bornholm passiert haben: „Der Vorfall zeigt die russische Respektlosigkeit gegenüber den internationalen Normen und dem souveränen Luftraum eines Allianz-Landes.“ Ferner hieß es:

„Wir bleiben wachsam und bereit, den Luftraum der Nato 24 Stunden und sieben Tage pro Woche zu schützen.“

Damals ließ Dänemark seine Flugzeuge aufsteigen, aber die russischen Flugzeuge waren bereits zurückgekehrt. Die dänischen Maschinen setzten das Patrouillieren jedoch fort.

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZK: Am 31. August wurden keine Verletzungen**

des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **„Provokant und höchst gefährlich“ – Moskau kommentiert gestartete US-Militärmanöver in Estland**

Die russische Botschaft in Washington hat die Militärmanöver der USA in Estland, die vom 1. bis 10. September in unmittelbarer Nähe zu den russischen Grenzen durchgeführt werden, als provokant und gefährlich bezeichnet.

„Die Russische Föderation hat den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten wiederholt vorgeschlagen, dass sie ihre Übungen und Trainings beschränken und die Übungszonen weiter von der ‚Berührungslinie‘ Russland-Nato weg verlegen. Wir betrachten die Handlungen der US-Streitkräfte in Estland als provokant und höchst gefährlich für die regionale Stabilität“, heißt es in der Erklärung.

„Wozu dieses demonstrative Säbelrasseln? Was für ein Signal will die Nato uns senden? Wer erhöht wirklich die Spannung in Europa? Und all das geschieht angesichts einer Verschärfung der politischen Situation in der besagten Region des europäischen Kontinents. Nun eine rhetorische Frage: Wie würden die Amerikaner reagieren, wenn unsere Truppen solche Schießübungen an den Grenzen der USA durchführten?“, wird hinzugefügt.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327857076\\_0:0:1000:542\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_ffdca9b51e9fc4cd2b02ec2347e4d0d1.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327857076_0:0:1000:542_1000x0_80_0_1_ffdca9b51e9fc4cd2b02ec2347e4d0d1.jpg)

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 31. August 3:00 Uhr bis 01. September 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Gleichzeitig wurden im Berichtszeitraum in Verletzung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung im Gebiet von Werchnetorezikoje um 7:00 eine Detonation festgestellt, vermutlich eine Minensperre.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Maduro begnadigt Oppositionelle**

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat 110 Politiker oder Aktivisten, unter ihnen führende Mitglieder der Opposition, begnadigt. Kommunikationsminister Jorge Rodríguez verlas das entsprechende Dekret im staatlichen Fernsehen.

Einige der Begnadigten sind im Gefängnis, andere im Exil und wieder andere wurden von

Wahlen ausgeschlossen. Freddy Guevara etwa hatte die Proteste 2017 angeführt und war in die chilenische Botschaft in Caracas geflüchtet. Roberto Marrero, Büroleiter des Oppositionsführers und selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó, war vor fast eineinhalb Jahren verhaftet worden.

„Ich entscheide das Folgende: Eine präsidentielle Amnestie wird für folgende Personen erlassen“, las der Minister im staatlichen Fernsehen am Montag (Ortszeit) aus dem Dekret vor und nannte die Namen der Begnadigten.

Laut Rodríguez wolle die Regierung „nationale Versöhnung“. Die Entscheidung solle eine Teilnahme der Opposition an der Wahl im Dezember fördern. ...



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32427/93/324279308\\_393:60:3707:1848\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_013d4d30fde0fbbc9d8e2a6cc7b84313.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32427/93/324279308_393:60:3707:1848_1000x0_80_0_1_013d4d30fde0fbbc9d8e2a6cc7b84313.jpg)

**Mzdnr.ru: Am 31. August wurden in der DVR 39 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.**

In den letzten 24 Stunden wurden 23 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Am 01. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2560 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1183 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1236 als gesund entlassen, es gibt 141 Todesfälle. Zum Stand am 1. September wurden Coronavirusinfektionen bei 125 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Lawrow: Kolonialdenken prägt Mentalität westlicher Politiker**

Die Mentalität vieler westlicher Politiker ist durch die Folgen des Kolonialismus geprägt. Diese Meinung äußerte Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow in seiner Rede vor den Studenten und Professoren der MGIMO in Moskau.

Lawrow ging in seinem Beitrag auf die aktuelle politische Lage in Belarus ein und zeigte sich überzeugt, dass einige westeuropäische Staaten nicht bereit seien, eine sich unter den aktuellen Bedingungen herausbildende globale Beziehungsarchitektur zu akzeptieren. „Wer diese Realität ignoriert und versucht, den Aufbau neuer Beziehungen zu verhindern, handelt meiner Meinung nach kurzsichtig und gefährlich. Unsere westlichen Kollegen haben über fast 500 Jahre hinweg den Ton in der Weltpolitik angegeben. Durch ihre Kolonialpolitik kontrollierten sie nicht nur die Weltwirtschaft, sondern gewährleisteten ein sicheres Leben ihrer Eliten. Aber auch nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems prägten die alten

Beziehungen zwischen Lehrer und Schüler, Wirt und Helfer die westliche Mentalität maßgeblich.“

Für die Beilegung der aktuellen Situation in Belarus seien aufdringliche Vermittlungsdienstleistungen westlicher Staaten nicht notwendig, zeigte sich Lawrow sicher. „Wir werden uns von den völkerrechtlichen Prinzipien leiten lassen, aber auch von jenen Verträgen und Abkommen, die Russland und Belarus geschlossen haben. Wir wollen, dass Belarus seine Probleme ohne Einmischung Dritter lösen kann.“

In diesem Zusammenhang erinnerte Sergej Lawrow an die von Alexander Lukaschenko initiierte Verfassungsreform. „Das ist unserer Ansicht nach eine annehmbare Form für einen Dialog mit der Zivilgesellschaft, einen Dialog über die brandaktuellen Themen“, erklärte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1598952271\\_52374\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1598952271_52374_big.jpg)

### rusvesna.su: **Proteste in Belarus: Studenten gingen auf die Straße, Verhaftungen begannen**

Am 1. September betraten die Studenten die Bühne des belarussischen Maidan. Die Teenager von gestern, die mit der Lage auf dem Land unzufrieden sind, marschieren in Kolonnen in Richtung Zentrum von Minsk, wo die ersten Verhaftungen bereits begonnen haben. In den vergangenen Tagen ermutigten oppositionelle Telegram-Kanäle junge Menschen aktiv, am ersten Tag des Schuljahres zu protestieren, und ihre Bemühungen hatten zumindest teilweise Erfolg.

„Der 1. September ist der Tag des Wissens über die belarussische Solidarität. Kommen Sie mit Blumen und Bändern. Nehmen Sie anstelle von Lehrbüchern die Verfassung und das Arbeitsgesetzbuch.

Lassen Sie uns zeigen, dass Lukaschenko kein Schulleiter ist. Er ist ein betrunkenener Arbeiter, der die Macht an sich gerissen hat, und das gesamte Team ist ein Albtraum“, sagten die virtuellen Anführer der Proteste zu den „Kindern“.

Das Treffen an den Universitäten war für 11 Uhr geplant, und dann zogen die Studenten zum belarussischen Bildungsministerium am Unabhängigkeitsplatz.

Wie erwartet gingen Polizeikräfte auf die Straße, deren Aufgabe es ist, die Sicherheit zu gewährleisten und Notsituationen in Minsk zu verhindern. In dieser Minute wurde über die ersten Verhaftungen bei nicht genehmigten Jugendprotesten (insbesondere auf dem Platz des Sieges) berichtet.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/protesty\\_belorussiya.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/protesty_belorussiya.jpg)

### sputnik.by: **Innenverwaltung kommentierte die Inhaftierung von Studenten in Minsk**

Am Dienstag protestierten Studenten einiger Universitäten in der Hauptstadt.

Die genaue Anzahl der inhaftierten Demonstranten wird nicht gemeldet – es ist vorgesehen, sie alle zur Untersuchung lokalen Polizeistelle zu bringen. Die Innenverwaltung kommentierte nun die Inhaftierung von Studenten in Minsk, berichtet Sputnik.

„Es gibt Verhaftete auf dem Territorium der Stadt Minsk. Menschen werden nicht entführt, wie einige Quellen schreiben. Sie werden von Polizisten festgenommen. Bevor sie festgenommen werden, stellen sie sich (die Polizisten) vor und erklären die Gründe für die Inhaftierung. Und all diese Festnahmen liegen ausschließlich im rechtlichen Rahmen“, sagte die offizielle Vertreterin der Exekutivkomitees der Innenverwaltung der Stadt Minsk Natalia Ganusewitsch.

Laut der Sprecherin werden alle Inhaftierten zur Untersuchung zur örtlichen Polizei gebracht. Die genaue Anzahl der inhaftierten Demonstranten wird nicht gemeldet.

Das neue akademische Jahr begann in Minsk mit Protestaktionen. Laut Sputnik nehmen Studenten der Belarussischen Staatlichen Universität (BGU), der Minsker Staatlichen Linguistischen Universität (MGLU) und anderer Universitäten daran teil.

An der Aktion nahmen auch Studenten der Belarussischen Staatlichen Universität für Kultur und Kunst teil, sie protestierten gegen Gewalt und unterstützten den entlassenen Rektor.

Das Bildungsministerium veröffentlichte einen Aufruf auf seinem offiziellen Telegram-Kanal. Die Studenten wurden ermutigt, ihre Rechte nur friedlich und in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht zu verteidigen.

„Wir fordern alle Studenten auf, verantwortungsbewusste und gebildete Menschen zu sein, ihre Rechte nur friedlich und in Übereinstimmung mit dem geltenden Gesetz zu verteidigen. Auf diese Weise können wir Frieden und Sicherheit für uns selbst, unsere Freunde und Kollegen erreichen“, heißt es in der Botschaft.



<https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e4/09/01/1045594933.jpg>

### de.sputniknews.com: „Völlige Respektlosigkeit gegenüber Verbündeten“ – Lawrow über US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich am Donnerstag über die einseitigen Sanktionen Washingtons gegen das Pipelineprojekt Nord Stream 2 geäußert.

Bei einem Auftritt vor Studenten der Moskauer Universität für internationale Beziehungen MGIMO hob der Minister hervor, dass alle einseitigen Strafmaßnahmen gesetzwidrig seien. Legitim seien nur vom UN-Sicherheitsrat initiierte Sanktionen.

„Alles andere ist ein Versuch, das internationale Recht sowie die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu untergraben.“

Lawrow warf den USA unlauteren Wettbewerb vor; diese Methoden würden im Fall von Nord Stream 2 „völlig unverblümt“ eingesetzt. Washington fordere den Stopp der Pipeline, denn sie sei „ein Verstoß gegen die Energiesicherheit Europas“. Die Europäer sollten aus US-Sicht ihre Energiesicherheit gewähren, indem sie US-Flüssiggas kaufen, so der Minister. Dafür werde Europa aber viel mehr ausgeben müssen als für das über den neuen Pipelines nach Europa gelieferte Erdgas.

„Solche Forderungen sind natürlich arrogant. Sie zeigen eine völlige Respektlosigkeit der USA gegenüber ihren Verbündeten“, so Lawrow.



[https://cdn12.img.sputniknews.com/img/07e4/08/07/327655940\\_0:363:3106:2043\\_1000x080\\_0\\_1\\_f13ffba52e53a70292495e807c6f8414.jpg](https://cdn12.img.sputniknews.com/img/07e4/08/07/327655940_0:363:3106:2043_1000x080_0_1_f13ffba52e53a70292495e807c6f8414.jpg)

deu.belta.by: **Lukaschenko kommentiert Sanktionen baltischer Staaten gegen Belarus**

Belarus wird auf die wirtschaftlichen Sanktionen baltischer Staaten reagieren. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten in Baranowitschi.

Nach seiner Meinung würden die erfahrenen EU-Staaten wohl wissen, dass man Belarus lieber nicht ärgern sollte, denn Belarus könne seine Staatsgrenze etwa für den deutschen Gütertransit nach Osten schließen. Deshalb hätten „schwächere“ baltische Länder das Kommando erhalten, gegen Belarus aufzutreten. „Sie erhielten das Kommando ‚Fass‘ und begannen, aus der Ecke zu klaffen. Ich sehe das so“, sagte Alexander Lukaschenko.

Die baltischen Staaten, fuhr der Staatschef fort, sollten mit Belarus vorsichtiger umgehen, denn ihre eigenen Völker könnten derartiges Verhalten gegenüber dem Nachbarstaat falsch interpretieren. „Sie sollten ihren Staatsbürgern lieber erklären, wie sie ihre Staaten derart reformiert haben, dass die Einwohnerzahl auf ein Niveau geschrumpft ist, das die Hälfte von dem ist wie zu Sowjetzeiten. Deshalb sollten sie über Belarus und Lukaschenko nicht so sehr herfallen, denn sie werden von ihren eigenen Völkern eins auf die Schnauze kriegen“, zeigte er sich überzeugt.

Belarus prüfe im Moment entsprechende Gegensanktionen, fügte der Staatschef hinzu. „Wir werden nicht darum kämpfen, dass die baltischen Staaten uns auf ihre Märkte lassen. Wir werden wirtschaftliche Maßnahmen treffen, zum Beispiel Gütertransporte nicht über baltische, sondern russische Häfen umleiten. Das könnte uns natürlich mehr Geld kosten, aber mit Russland werden wir uns über die Tarife einigen können“, bemerkte Alexander Lukaschenko.

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 01.09.2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Wie wir zuvor mitgeteilt haben, haben unsere Beobachtung **eine Detonation im Gebiet von Werchnetorezkoje** auf den Positionen eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade bemerkt. Nach operativen Informationen ereignete sich **bei technischen Arbeiten** die Detonation einer Sprenganlage, dabei erlitten zwei Kämpfer Splitterverletzungen.

Unsere Aufklärung bemerkt Fälle von **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium durch Einheiten der BFU, was eine Verletzung der erreichten Vereinbarungen ist und Leben und Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von sechs Stück Technik aus dem Bestand der 79. Luftsturmbrigade und der 54. mechanisierten Brigade auf dem Gebiet von privaten Häusern in Slawnoje und Nowobachmutowka festgestellt.

Diese Sachverhalte werden auch im offiziellen Bericht der OSZE-Mission vom 31.08.2020 bestätigt.

In den letzten 24 Stunden haben wir im Verantwortungsbereich der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka den Einsatz einer Station „Bukowel-AD“ durch eine mobile Gruppe der elektronischen Kriegsführung des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung festgestellt.

Nach Informationen unserer Quelle im Stab der OOS hat der Kommandeur der Besatzungskräfte aus dem Büro des Präsidenten der Ukraine Selenskij Anweisungen über die Verstärkung der Kontrolle über die Umsetzung der Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung erhalten, was mit Veröffentlichungen der Verstöße der ukrainischen Seite im internationalen Rahmen durch Massenmedien mit Bezug auf Berichte der OSZE-Mission zusammenhängt.

Krawtschenko seinerseits hat, um die genannten Verstöße zu verheimlichen, die Kommandeure der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und „Nord“ angewiesen, das

Passierregime zu verschärfen und den Einsatz von Mitteln des elektronischen Kampfes zur Blockade von Leitungskanälen von Drohnen der Beobachter der OSZE-Mission zu verstärken.

**Außerdem hat das Büro des Präsidenten im Vorfeld der Kommunalwahlen zur Anhebung des Ratings der Partei Selenskijs „Diener des Volkes“ durch eine Demonstration der angeblichen Erfüllung der politischen Versprechungen gegenüber der Öffentlichkeit Filmteams der Fernsehsender „1+1“ und „5. Kanal“ entsandt.** Die Journalisten haben die Aufgaben, Videoreportagen zu erstellen, die die Volksmiliz der Verletzung des allumfassenden Waffenstillstands beschuldigen und die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die ukrainischen Kämpfer diesen genau einhalten.

Außerdem hat Krawtschenko einer Gruppe für informationspsychologische Operationen des 74. Zentrums für Spezialoperationskräfte, die Aufgaben in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ ausführt, angewiesen, während der Sitzung der Minsker Kontaktgruppe aktiv in den Massenmedien spezielle Materialien über die genaue Einhaltung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung mit Kommentaren von Soldaten der BFU, die in den Gebieten von Schumy und Petrowskoje stationiert sind, zu verbreiten.

**Nach Angaben unserer Aufklärung wächst unter dem Personal der 54. Brigade eine Welle negativer Einstellungen im Zusammenhang mit dem Verbot von Urlaub durch den Brigadekommandeur Majstrenko.** Nach Angaben unserer Quelle in dem Verband haben Kämpfer der 1. Artillerieabteilung mit schweigender Zustimmung ihres Kommandeurs Oberst Bilozkij eine Eingabe an das Verteidigungsministerium der Ukraine mit einer Beschwerde über rechtswidrige Handlungen Majstrenkos und der Forderung, in die entstandene Situation einzugreifen, gerichtet. Im Fall des Fehlens einer Reaktion des Kommandos planen die Kämpfer nach Kiew zu fahren und zusammen mit ihren Familien eine Mahnwach vor dem Gebäude des Verteidigungsministeriums zur Verteidigung ihrer Rechte durchzuführen.

Das moralisch-psychische Niveau der Kämpfer bleibt weiter gering.

Bei einer Kontrolle der Dienstorte im Gebiet von Schirokino durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes wurden zwei Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade, die Matrosen Sawinkow und Leschtschenko, in betrunkenem Zustand festgenommen. Bei einem der Festgenommenen fehlten die ihm zugeteilte persönliche Waffe AAK-74 Nr. 3478335 und drei dazugehörige Magazine. Bei einer Ermittlung wurde festgestellt, dass die Maschinenpistole nach einem Trinken von alkoholischen Getränken mit Soldaten des Regiments „Asow“ verschwand.

### **Sputnik.by: Tichanowskaja kritisierte die Aussage von Babarikos Hauptquartier zur Gründung einer Partei**

Der Ex-Präsidentschaftskandidat betrachtet die Erklärung des Ex-Bankiers als den Wunsch einer separaten politischen Partei, die Führung im Koordinierungsrat zu übernehmen, und als die Bereitschaft, das Thema Machtwechsel durch Verfassungsreformen zu ersetzen.

Die frühere Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja betrachtet die Gründung der Partei von Babarikos Hauptquartier laut ihrem offiziellen Telegram-Kanal als einen Versuch, im Koordinierungsrat die Vormachtstellung zu übernehmen.

Am Vorabend sagte ein Mitglied des Koordinierungsrates, Maria Kolesnikowa, dass das Hauptquartier des Ex-Bankiers Wiktor Babariko mit der Gründung einer eigenen politischen Partei "Gemeinsam" begonnen habe.

Als Antwort darauf erinnerte Tichanowskaja daran, dass der Koordinierungsrat auf ihre Initiative hin geschaffen wurde und dass es keine dominierende Kraft darin gab.

„Der Koordinierungsrat umfasst maßgebliche Personen unterschiedlicher Berufe und unterschiedlicher politischer Ansichten. Es gibt keine Dominanz einer politischen Partei und

sollte es auch nicht geben. Die Mitglieder des Koordinierungsrates sind sich über das Hauptziel einig - die Notwendigkeit, dem Volk die Macht zurückzugeben", schrieb sie. Im Allgemeinen bewertete Tichanowskaja die Initiative des Hauptquartiers, eine eigene Partei zu gründen, positiv, aber die Vertreterin der Opposition stimmte einer Reihe von Aussagen des Ex-Bankiers nicht zu.

Zunächst könne sie der Aussage des Ex-Kandidaten Babarikos, dass die Opposition die Wahlen nicht gewinnen könne, überhaupt nicht zustimmen. Ihrer Meinung nach habe sie gewonnen, aber man versuche, ihr den Sieg zu stehlen.

„Zweitens stimme ich nicht zu, dass die erste Aufgabe, vor der wir stehen, die Verfassungsreform ist. Diese Zielsetzung entspricht nicht den Forderungen des belarussischen Volkes und sieht zweideutig aus, da Lukaschenka heute versucht, seinen Rücktritt zu verzögern und von einer unverständlichen Verfassungsreform spricht. auf unbestimmte Zeit", sagte Tichanowskaja.

Ihrer Meinung nach bedeute die Absicht, die Registrierung einer Partei zu beantragen, die Bereitschaft, das Thema eines Regierungswechsels durch die Bereitschaft zu ersetzen, die Behörden um Erlaubnis für die Gründung einer Partei zu ersuchen.

Am Ende ihrer Erklärung forderte Tichanowskaja die Wahrung der Einheit der Oppositionskräfte.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/08/0a/1045398592.jpg>

### deu.balta.by: **Lukaschenko: Ich habe keine Machtambitionen, ich will Belarus nicht in Stücke zerreißen lassen**

Nach der Eröffnung einer neuen Berufsschule in Baranowitschi stellte sich der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko den Fragen der Journalisten und sprach sich zur aktuellen Lage in Belarus aus. Er mache sich große Sorgen um das Land und wolle nicht, dass die alternativen Kräfte es in Stücke zerreißen, sagte er.

„Mich beschäftigt nur ein einziges Anliegen: Ich will das verteidigen, was wir im Laufe eines Vierteljahrhunderts mit eigenen Händen geschaffen haben. Wir haben dieses Land aus Schutt und Asche aufgebaut“, erklärte Lukaschenko.

Millionen Staatsbürger würden ihn heute unterstützen, sagte er. Seine größte Angst aber sei die Vorstellung, dass die alternativen Kräfte, die an die Macht gelangen könnten, den Staat, seine Menschen und ihre Kinder „in Stücke zerreißen“ würden. „Ich habe keine Machtambitionen und halte mich nicht mit letzter Kraft im Amt. Wir haben aus den Trümmern des Reiches einen Staat gebaut, und wenn andere an die Macht kommen, werden sie jene ehrlichen und anständigen Menschen, die an diesem Staat mitgewirkt haben, einfach vernichten. Sie versprechen Lustration. Aber es wird eher ein Massaker sein. Und es wird viel schlimmer als in der Ukraine enden“, sagte der Staatschef.

Über die hohen Staatsbeamten, die „die Fronten gewechselt“ und sich dem sogenannten

Koordinierungsrat angeschlossen haben, wollte sich der Staatschef nicht lange ausbreiten. Solche Politiker habe es immer gegeben, sagte er. Sobald sie spürten, dass die Staatsmacht nicht stark und anscheinend dem Niedergang geweiht sei, würden sie überlaufen. Einige Beamte seien im Vorstand des sogenannten Koordinierungsrates, gegen den das Ermittlungskomitee ein Strafverfahren wegen des Versuchs einer Machtergreifung eingeleitet habe. Jeder werde vor Gesetz haften.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1598959402\\_52379\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1598959402_52379_big.jpg)

### de.sputniknews.com: **Maas fordert Wahlen in Hongkong – China spricht von fremder Einmischung**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat beim Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi gefordert, das Sicherheitsgesetz für Hongkong zurückzunehmen und möglichst schnell eine Parlamentswahl in der chinesischen Sonderverwaltungszone zu organisieren.

„Wir wollen, dass das Prinzip ‚ein Land, zwei Systeme‘ in vollem Umfang angewandt werden kann“, sagte Maas am Dienstag nach einem Gespräch mit Wang Yi in Berlin.

Es sei die gemeinsame europäische Forderung, dass die Wahl „schnell und ungehindert“ stattfinden kann.

Viele Länder haben den Erlass des Staatssicherheitsgesetzes Ende Juni als Reaktion auf die seit einem Jahr anhaltenden Demonstrationen in Hongkong scharf kritisiert. Es sei ein tiefer Eingriff in die Autonomie der Region und richte sich gegen Aktivitäten, die Peking als separatistisch und terroristisch ansehe, so die Kritiker.

Die für September geplante Parlamentswahl in Hongkong wurde vor einem Monat mit Hinweis auf die Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben. Die Opposition und zahlreiche westlichen Länder sehen darin nur einen Vorwand. So haben beispielsweise die USA Wirtschaftssanktionen gegen Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam und weitere Politiker verhängt. Auch die EU hat Maas zufolge mit einem „gemeinsamen Werkzeugkasten“ für Sanktionen auf das Sicherheitsgesetz und die Wahlverschiebung reagiert.

In Bezug auf Chinas Drohungen wegen des Taiwan-Besuchs des tschechischen Senatspräsidenten Milos Vystrcil sagte Maas, dass die EU ihre Werte auch außerhalb ihrer Grenzen verteidigen werde und dass derartige Drohungen nicht akzeptabel seien.

Wang verbat sich eine Einmischung in interne chinesische Angelegenheiten - auch mit Blick auf den Umgang mit der muslimischen Minderheit der Uiguren in der Provinz Xinjiang.

„Egal ob Hongkong oder Xinjiang: Beides fällt in die Kategorie China-interner Angelegenheiten“, sagte er. „Wir wollen da keine fremde Einmischung in die chinesische Gesellschaft.“

China betrachtet Taiwan als Teil der Volksrepublik. Am Sonntag war dort Vystrcil samt

Delegation eingetroffen. Zuvor hatten sich tschechische Spitzenpolitiker, darunter der Staatspräsident Milos Zeman und der tschechische Regierungschef Andrej Babis, gegen die Reise ausgesprochen.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327857762\\_0:223:2963:1825\\_1000x080\\_0\\_1\\_0a2eb435370aed3cac254ec7676aaee8.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327857762_0:223:2963:1825_1000x080_0_1_0a2eb435370aed3cac254ec7676aaee8.jpg)

deu.belta.by: **Staatspräsident: Das reale Leben ist keine virtuelle Welt**

Das Leben sieht ganz anders aus als die virtuelle Welt. Das sagte (der belarussische) Präsident Alexander Lukaschenko heute vor Journalisten im Anschluss an die Eröffnung einer neuen Berufsschule in der Kreisstadt Baranowitschi.

„Die Realität sieht anders aus als die virtuelle Welt. Wenn wir heute in unsere Smartphones und Tablets glotzen, sehen wir eine Wirklichkeit, die aber eine Illusion ist. Und ein Teil unserer Gesellschaft ist in diese Scheinwelt hinein versunken“ - so kommentierte Lukaschenko die Darstellung aktueller Ereignisse in einigen belarussischen Medien. Es gebe Internet-Medien, die die Wirklichkeit etwas entstellt oder teilweise verzerrt darstellten. Zum Beispiel werde die Zahl derer, die an Massenprotesten oder Kundgebungen teilnehmen würden, nicht korrekt angegeben. Sie werde verzehnfacht oder gar zwanzigfach, stellte Lukaschenko fest. „Die Frage lautet aber nicht, wie viele es sind, sondern wer das sind und was sie wollen. Sie sitzen in virtuellen Räumen und fordern einen Dialog. Mit wem bitte soll ich diesen Dialog führen? Mit Ihnen (Journalisten – Anm. BelTA) könnte ich rund um die Uhr einen Dialog führen. Und wenn wir die Protestler einmal genau anschauen, so stellen wir fest, dass rund 30 Prozent keinen Dialog wollen und nichts entscheiden können, weil sie noch nicht stimmberechtigt sind. Das sind Schüler.“

Der Staat sehe seine Fehler bei der Jugenderziehung und werde aus den jüngsten Ereignissen richtige Schlussfolgerungen ziehen, versprach der Präsident.

Der Jugend fehle schlicht die Lebenserfahrung, fügte er hinzu. Aus diesem Grund könne sie die Lage nicht immer objektiv beurteilen. Viele Jugendliche glaubten, ohne fleißige Arbeit könne man sehr gut leben. Diese Einstellung sei falsch und werde mit der Zeit vergehen, sagte er. „Wem die Liebe zur Arbeit von klein auf aneignet wird, wird sie im Leben nicht verloren gehen“, resümierte er.

**Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin am 1. September 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen von Seiten der BFU** festgestellt, es wurde aber **eine Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung, nämlich die Durchführung technischer Arbeiten, festgestellt.

Die zunehmenden Fälle, dass Beobachter der OSZE-Mission Waffen der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“

feststellen, zwangen das Kommando der 14. und 30 Brigade, die **Maßnahmen zur Tarnung der verbotenen Technik, die in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern stationiert ist** und so bewusst das Leben örtlicher Einwohner gefährdet zu verstärken, um deren Identifizierung durch Mitarbeiter der Mission zu verhindern.

Unsere Aufklärung hat festgestellt, dass im Hof eines privaten Hauses in Nowotoschkowskoje auf Anweisung des Kommandeurs der 14. Brigade Wojtschenko eine Mannschaft eines 120mm-Mörser stationiert ist und in Muratowo in Wirtschaftsgebäuden in der Nähe eines privaten Hauses wurden vier Schützenpanzerwagen entdeckt....

Zum Abschluss gratuliere ich im Namen des Kommandos der Volksmiliz den Schülern, Lehrern und Eltern zum Tag des Wissens! Ich wünsche allen starke Gesundheit, Erfolg beim Lernen, im Dienst und bei der Arbeit zum Wohl der Republik.

Eine gute Bildung ist die wichtigste Komponente des Erfolgs im Leben, und die Arbeit der Lehrer ist am Erfolg der Schüler zu messen.

Hinter den großen Siegen der Kinder stehen nicht nur der eigene Eifer, die tägliche Arbeit der Lehrer, sondern auch die Fürsorge der Eltern. Dank Ihnen für die Unterstützung und Geduld!

de.sputniknews.com: **Putin vergleicht Geschichtsrevisionisten mit Kollaborateuren**

Menschen, die ein Umschreiben der Geschichte akzeptieren, können laut Wladimir Putin als Kollaborateure bezeichnet werden. Er sagte dies in seiner Videolektion zum „Tag des Wissens“, der in Russland am 1. September begangen wird.

„Menschen, die während des Krieges mit dem Feind zusammenarbeiten, wurden bekanntlich immer und überall als Kollaborateure bezeichnet. Aber diejenigen, die heute den Initiatoren einer Geschichtsrevision zustimmen, können als Kollaborateure von heute bezeichnet werden“, sagte der Präsident während seiner allrussischen offenen Videolektion zum Beginn des neuen Schul- und Studienjahres im Land, die in diesem Jahr dem 75. Jahrestag des Großen Sieges gewidmet war.

Nach seinen Worten sei die Bewahrung des Gedenkens daran eine Aufgabe von staatlicher Bedeutung: Obwohl es nicht notwendig sei, sich an die Vergangenheit zu klammern, könne man sich nur, wenn man sich darauf stützt, sicher in die Zukunft bewegen.

„Wir alle ehren unsere Helden, bewundern sie, verneigen uns vor ihrem Mut und ihrer Standhaftigkeit. Und je mehr wir lernen, desto tiefer verstehen wir: Es gibt keinen schwierigeren und tragischeren Test als den Krieg. Er versucht, die Zukunft wegzunehmen, Träume zunichte zu machen und Schicksale zu brechen. Er verschont niemanden“, unterstrich Putin.

Wie das Staatsoberhaupt betonte, weiß niemand, welche Fähigkeiten und Berufe in zehn Jahren gefragt sein würden und was diejenigen, die heute in die erste Klasse gekommen seien, später studieren würden, aber die Geschichte des Landes, seine Kultur und Traditionen würden zuverlässige Orientierungspunkte bleiben.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1d/327825769\\_0:1505:2048:2612\\_1000x0](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1d/327825769_0:1505:2048:2612_1000x0)

de.sputniknews.com: **Trotz Differenzen: Berlin und Peking wollen zusammenarbeiten**

Nach dem Treffen des deutschen Außenministers Heiko Maas mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi am Dienstag in Berlin haben beide Seiten den Wunsch geäußert, trotz entscheidender politischer Unstimmigkeiten, unter anderem auch in Bezug auf Pekings Hongkong-Politik, eng zusammenzuarbeiten.

Maas kündigte an, dass Deutschland und China in der kommenden Woche ihren Menschenrechtsdialog fortsetzen würden. Er fordert Peking auf, eine unabhängige UN-Beobachtermission in der Provinz Xinjiang zu erlauben, um den Umgang mit den Uiguren überprüfen zu können.

„Ich habe eine Bereitschaft dazu gehört“, sagte er nach dem Gespräch mit Wang.

Bei aller Kritik werde sich die EU aber nicht in ein Großmächteringen zwischen den USA, Russland und China hineinziehen lassen, betonte der deutsche Außenminister. „Eine Abkoppelung der EU und Chinas ist nicht in unserem Interesse“, fügte er mit Blick auf den Druck der USA hinzu, dass sich die Europäer einer härteren Linie gegenüber der Führung in Peking anschließen.

Wang betonte seinerseits die Bedeutung der strategischen Zusammenarbeit mit Deutschland und der EU. Er sei optimistisch, dass sich die EU und China noch in diesem Jahr über das Investitionsschutzabkommen einigen könnten. Der Maschinenbauverband VDMA warf China eine Blockade bei den Verhandlungen vor.

Der chinesische Außenminister lobte die deutsche Position im Streit um den Ausbau der 5G-Mobilfunknetze, weil Berlin keine Firma von vornherein ausschließen wolle. Hintergrund ist der US-Boykott gegen den chinesischen Netzwerkausrüster Huawei. Maas verwies darauf, dass sich die Bundesregierung in der Endphase der Beratung über das IT-Sicherheitsgesetz befinde, das Kriterien für die verwendete Technik aufstellt. Nötig sei auch eine sicherheitspolitische Abwägung. „Wir wollen weder nach Westen noch Osten in eine digitale Abhängigkeit geraten“, sagte Maas.

Wang beendete in Berlin seinen mehrtägigen Europa-Besuch, bei dem er sich unter anderem mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron getroffen hatte.

**Dnronline.su: Heute antwortete das Staatsoberhaupt Denis Puschilin bei einem Gespräch mit Studenten der Donezker Nationalen Medizinischen Maxim-Gorkij-Universität auf eine Reihe aktueller Fragen, eine davon betraf die Einberufung junger Menschen zum Wehrdienst in der Streitkräften der DVR.**

„Ich weiß, dass die Frage damit zusammenhängt, dass es im Internet viele Gerüchte, Mutmaßungen usw. gibt. Ich sage es Ihnen so: Früher oder später werden wir dazu kommen, dass eine Einberufung notwendig sein wird. Das ist aber keine Einberufung an die Front – wir haben qualifizierte Soldaten, die unsere Grenzen verteidigen. Die Einberufung wird die Ausbildung im Hinterland betreffen, weil ein Mann ein Mann bleiben soll. Und wie die Praxis gezeigt hat, muss man jederzeit mit Krieg rechnen. Wir haben ihn 2014 nicht erwartet, aber er kam.

Dank dessen, dass wir eine ausreichende Zahl von Menschen hatten, die den Wehrdienst durchlaufen hatten und wussten, wie man sein Land verteidigt, konnten wir standhalten. Zulange Unterbrechungen ohne Einberufungen können sich negativ auf die Zukunft zukünftiger Generationen unseres Landes auswirken. Aber in diesem Jahr ist es noch zu früh, über eine Einberufung zu sprechen“, sagte Denis Puschilin.

**rusvesna.su: „Sie sind Kinder!“ - In Minsk zerstreuen Sicherheitskräfte protestierende Studenten**

Einige Stunden nach Beginn der Studentenproteste in Minsk wechselten die Sicherheitskräfte

von einer Strategie der stillschweigenden Beobachtung und Ermahnung des Publikums zur Zerstreuung nicht genehmigter Zusammenkünfte in der Innenstadt.

Dem gingen wiederholte Versuche der „Kinder“ voraus, die aufgestellten Absperrungen zu durchbrechen, die in einigen Fällen erfolgreich endeten.

Die Inhaftierung junger Demonstranten im Zentrum von Minsk werden von hysterischen Rufen von Frauen begleitet: „Was machst du, das ist ein Kind!“, So, wie es uns von den Ereignissen auf dem „Maidan“ in Kiew vertraut ist.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/tWtV\_7oGAU0" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

[https://youtu.be/tWtV\\_7oGAU0](https://youtu.be/tWtV_7oGAU0)

### de.sputniknews.com: Erneut Proteste in Weißrussland: Nur Einzelfestnahmen, kein massenhafter Personengewahrsam – Polizei

Die weißrussische Polizei hat am Dienstag nur einzelne Teilnehmer von nicht genehmigten Aktionen festgenommen; weder in Minsk noch in den Regionen der Republik wurden Massenfestnahmen vorgenommen oder Spezialmittel eingesetzt, sagte die Pressesprecherin des weißrussischen Innenministeriums, Olga Tschomodanowa, gegenüber RIA Novosti.

„Ich kann bestätigen, dass es Festnahmen gegeben hat. Das waren Einzelfestnahmen, weder in Minsk noch im Land insgesamt hat es Massenfestnahmen gegeben“, sagte Tschomodanowa. Sie konnte die genaue Zahl der festgesetzten Personen noch nicht nennen, weil sich diesbezügliche Informationen noch im Auswertungsstadium befänden.

Die Gesprächspartnerin der Agentur merkte an, dass die Festnahmen nach nicht genehmigten Massenveranstaltungen erfolgt seien. Solche Aktionen seien unter anderem am Dienstag in Minsk von Studenten durchgeführt worden.

„Polizeibeamte hatten warnend darauf verwiesen, dass die Handlungen der Teilnehmer nicht genehmigter Massenveranstaltungen ungesetzlich sind. Erst nachdem ihre Forderung (auseinanderzugehen – Anm. d. Red.) missachtet wurde, wurden Festnahmen vorgenommen“, so die Sprecherin.

Sie betonte auch, dass bei den Festnahmen keine Spezialmittel eingesetzt worden seien.

Tschomodanowa sieht die allgemeine Situation mit der öffentlichen Ordnung im Land nicht als kritisch an. Die Lage sei kontrollierbar.

„Ich würde sagen, dass die Situation sowohl in Minsk als auch in den anderen Städten ruhig ist.“

Wie RIA Novosti kürzlich berichtete, befinden sich acht Journalisten, darunter ein Mitarbeiter der genannten Agentur, unter den Festgenommenen.

In Weißrussland hatten vor drei Wochen Proteste gegen Alexander Lukaschenko begonnen, der bereits seit 26 Jahren an der Macht ist. Auslöser war die Präsidentschaftswahl vom 9. August, bei der Lukaschenko nach offiziellen Angaben auf 80,1 Prozent der Stimmen gekommen war. Seine Herausforderin Swetlana Tichanowskaja konnte demnach rund zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Die Opposition erkannte die Niederlage ihrer Kandidatin nicht an und erklärte Tichanowskaja, die inzwischen nach Litauen geflüchtet ist, zur Siegerin. Die Demonstranten forderten Lukaschenkos Rücktritt.

In den ersten Protesttagen gab es mehr als 6700 Festnahmen. Die Polizei ging mit Tränengas, Wasserwerfern, Lärmgranaten und Gummikugeln gegen die Demonstranten vor. Hunderte Menschen wurden verletzt, darunter mehr als 120 Ordnungshüter. Nach Behördenangaben sind drei Protestteilnehmer gestorben.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327858716\\_0:194:3072:1856\\_1000x541\\_80\\_0\\_0\\_ae41401ffab216f7e8990a850cb86498.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/01/327858716_0:194:3072:1856_1000x541_80_0_0_ae41401ffab216f7e8990a850cb86498.jpg)